

Sitzungsprotokoll

Amt Breitenburg

**Gremium
Personal- und Finanzausschuss**

Tag	Beginn	Ende
28.03.2017	19.30 Uhr	21.50 Uhr

**Ort
Amt Breitenburg, Sitzungszimmer,
Osterholz 5, 25524 Breitenburg**

Sitzungsteilnehmer siehe beiliegendes Teilnehmerverzeichnis.

Das Ergebnis der Beratung ergibt sich aus den Anlagen, die Bestandteil dieses Protokolls sind.

gez. Pfahl
Vorsitzender

gez. Kossiski
Protokollführer

Teilnehmerverzeichnis

**zur Sitzung
des Personal- und Finanzausschusses
des Amtes Breitenburg**

am 28.03.2017

Mitglieder:

anwesend
ja nein

1. Jörgen Heuberger

x

2. Dirk Schümann

x

3. Heinrich Sülau - stellv. Vorsitzender -

x

(ab TOP 2)

4. Ingo Köhne

x

5. Kurt Dammann

x

6. Peter Pfahl - Vorsitzender -

x

7. Fritz Körner

x

Stellv. Mitglieder

1. Manfred Bertermann

2. Jörg Unganz

3. Christian Droßard

4. Karl-Heinz Bahr

x

5. Detlef Wendland

6. Axel Maas

7. Hans-Hermann Wrage

Mitglieder Amtsausschuss

Rainer Gosau

Hans-Hermann Wrage

Brigitte Hoffmann

Wilfried Gatzke

Christian Droßard

Axel Maas

Detlef Wendland

Rita Mühle

x

Jörg Unganz

x

Ferner anwesend:

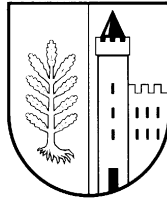
LVB Peglow, Amtsrat Hatje, Herr Pansch

Herr Kossiski als Protokollführer

Amt Breitenburg

Der Amtsvorsteher

- Personal- und Finanzausschuss -



Amt Breitenburg · Osterholz 5 · 25524 Breitenburg

Breitenburg, 15.03.2017

Einladung

Zu der am **Dienstag, den 28. März 2017 um 19.30 Uhr** im Amt Breitenburg, Osterholz 5, 25524 Breitenburg, stattfindenden öffentlichen Sitzung des **Personal- und Finanzausschusses** des Amtes Breitenburg wird hiermit eingeladen.

Tagesordnung

1. Anträge zur Tagesordnung
2. Sachstand zur IT-Zusammenarbeit der Ämter, der Stadt Glückstadt und des Kreises Steinburg
3. Umstellung auf eine neue Finanzsoftware bei der Amtsverwaltung Breitenburg
4. Serverneustrukturierung und mobile Endgeräte für die Amtsverwaltung Breitenburg
5. Erlass der 1. Nachtragshaushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2017
6. Bericht über die über- und außerplanmäßigen Auszahlungen und Aufwendungen gem. § 95 d GO im Haushaltsjahr 2016
7. Mitteilungen und Anfragen

gez. Pfahl
- Vorsitzender -

Amt
Zentrale Dienste

Ansprechpartner
Frau Przybylski

Zimmer
20

Kontakt
Telefon: 04828 / 99 0 14
04828 / 99 0 0 (Zentrale)

Fax: 04828 / 99 0 99

E-Mail:
kerstin.przybylski@amt-breitenburg.de

E-Mail (Zentrale):
info@amt-breitenburg.de

Ihr Zeichen

Ihr Schreiben vom

Mein Zeichen (bitte stets angeben)

Besuchszeiten
Montag, Dienstag, Mittwoch u. Freitag
8.00 – 12.00 Uhr
Donnerstag geschlossen

zusätzlich Dienstag
14.00 – 16.00 Uhr
(Sozialamt geschlossen)

zusätzlich Mittwoch
14.00 – 18.00 Uhr

www.amt-breitenburg.de

Anschrift
Amt Breitenburg
Osterholz 5
D - 25524 Breitenburg

Bankverbindungen
Sparkasse Westholstein
BLZ: 22250020 – Kto: 128279
IBAN: DE56 2225 0020 0000 1282 79
BIC: NOLADE21WHO

Volksbank Raiffeisenbank Itzehoe
BLZ: 22290031 – Kto: 33337101
IBAN: DE79 2229 0031 0033 3371 01
BIC: GENODEF1VIT

Postbank Hamburg
BLZ: 20010020 – Kto: 91110204
IBAN: DE42 2001 0020 0091 1102 04
BIC: PBNKDEFF

Der Vorsitzende stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Es liegen keine Gründe für den Ausschluss der Öffentlichkeit im Sinne des § 35 Abs. 1 Satz 2 GO vor.

Zu Pkt. 1: Anträge zur Tagesordnung

Anträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt.

Der Vorsitzende erläutert, dass unter dem TOP 2 nicht nur ein Sachstandsbericht abgegeben, sondern auch eine Beschlussempfehlung für den Amtsausschuss ausgesprochen werden soll. Einwendungen hiergegen werden nicht erhoben.

Zu Pkt. 2: Sachstand zur IT-Zusammenarbeit der Ämter, der Stadt Glückstadt und des Kreises Steinburg

LVB Peglow gibt den folgenden Sachstandsbericht ab:

Da einige Ämter im Kreis Steinburg, so auch das Amt Breitenburg, Probleme bei der EDV-Betreuung durch eigenes Personal haben, laufen schon seit längerer Zeit Gespräche bezüglich einer Kooperation der Ämter, der Stadt Glückstadt und des Kreises Steinburg. Es wurde die Gründung eines gemeinsamen öffentlichen-rechtlichen IT-Unternehmens angestrebt (Wunsch: 100%-Betreuung). Die Firma LANtana wurde mit der Erstellung eines Grobkonzeptes beauftragt. Da es aufgrund der extrem hohen Kosten Zweifel an der Umsetzbarkeit des Konzeptes gab, wurde nach Alternativlösungen gesucht. Der Kreis Steinburg steht aber auf dem Standpunkt, dass einzig die Umsetzung des Konzeptes der Firma LANtana denkbar ist. Zwischenzeitlich hat sich das Amt Horst-Herzhorn für eine Zusammenarbeit mit der KommuniT entschieden und steht damit für eine Kooperation nicht mehr zur Verfügung. Das Amt Kellinghusen sieht (derzeit!) wenig Bedarf an einer Kooperation.

Es haben Gespräche mit Dataport und der Fa. HF Computersysteme aus Itzehoe stattgefunden. Als Zwischenergebnis wurde festgehalten, dass eine zentrale Datenhaltung in dem zertifizierten Dataport-Rechenzentrum und eine Betreuung (Administration) durch einen externen Dienstleister oder eigenes Personal denkbar wären. Die Alternativlösung wurde gegenüber dem Landrat vorgestellt. Es gibt seitens des Kreises keine Bereitschaft zu einer externen Datenhaltung und Betreuung durch externe Dienstleister. Der Kreis hat ein alternatives Angebot unterbreitet, das eine Datenhaltung im Kreishaus und eine EDV-Betreuung durch Kreispersonal über einen öffentlich-rechtlichen Vertrag, wie bereits mit dem Amt Breitenburg praktiziert, vorsieht. Es gibt zwischen den Ämtern und der Stadt Glückstadt eine Übereinstimmung, dass das Angebot des Kreises nicht funktionieren kann/wird. Der Landrat hat daher die Rückmeldung erhalten, dass eine Kooperation unter den angegebenen Umständen scheitern wird. Derzeit wird eine zentrale Datenhaltung der (beteiligten) Ämter mit evtl. Administration durch ein externes Unternehmen bzw. eigenes Personal als Ziel verfolgt. Dataport bietet eine strategische Beratung hinsichtlich einer Umsetzung des Ziels an. Die Kosten hierfür sollen ca. 20.000,00 € betragen. Das Angebot von Dataport folgt. Danach wird es eine Beratung im Kreise der LVB zum weiteren Vorgehen geben.

LVB Peglow stellt abschließend fest, dass der Kreis Steinburg klare Vorgaben für eine Kooperation macht und zu keinen Alternativen bereit ist.

Herr Unganz fragt nach, ob die KommuniT eine Alternative für uns wäre. LVB Peglow erläutert, dass die KommuniT in den nächsten Monaten keine weiteren Verwaltungen aufnehmen kann. Ein Abwarten wäre denkbar. LVB Peglow gibt aber zu bedenken, dass der Zweckverband auf Wachstum ausgerichtet ist und das Amt dort nur ein sehr geringes Mitspracherecht hätte.

Ab jetzt nimmt das Ausschussmitglied Heinrich Sülau an der Sitzung teil.

LVB Peglow führt aus, dass bei Dataport ein Server aufgestellt und somit sicher verwahrt werden könnte. Das wäre ein Mehrgewinn an Datensicherheit. Herr Unganz fragt sich, ob ein Server bei Dataport die Lösung wäre. Es gibt da sicherlich andere Lösungen, die auch zu einer besseren Datensicherheit beitragen würden. Das größte Problem der Verwaltung ist doch die fehlende Manpower, für den Fall, dass Herr Pansch ausfallen sollte.

Herr Schümann hat in der letzten Sitzung des Personal- und Finanzausschusses Informationen über die Schwächen der EDV der Verwaltung gewünscht. LVB Peglow berichtet, dass die aktuellen Probleme der Verwaltung ganz klar bei der Serverumgebung und der personellen Verfügbarkeit liegen. Hinsichtlich der Hard- und Software ist die Verwaltung gut aufgestellt.

Der Vorsitzende hält es für möglich, dass im Falle einer Kooperation auf Personal anderer Verwaltungen zurückgegriffen werden kann.

Herr Schümann spricht sich dafür aus, die EDV alleine oder in Kooperation mit anderen Ämtern zu betreuen. Er hält nichts davon, dieses so aufzublähen. Dann lieber schlank und in den eigenen Reihen belassen. Herr Schümann schlägt vor, sich zum Beispiel zwei Externe mit ins Boot zu holen, diese mit unserer EDV vertraut zu machen und dann nach Aufwand abrechnen lassen.

LVB Peglow erklärt, dass die anderen Ämter auch mit der Betreuung der EDV in ihrem Hause nichts mehr zu tun haben möchten.

Amtsvorsteher Heuberger spricht die Datensicherheit an. LVB Peglow erläutert, dass der Server weiterhin im Hause stehen könnte und, sobald das Amt über einen Breitbandanschluss verfügt, dieser mit dem Server des Kreises gespiegelt werden könnte und auch umgekehrt. Dann wäre aber noch die personelle Schiene zu klären, denn die Verwaltung braucht neben Herrn Pansch noch ein zweites Standbein.

Aus Sicht des Vorsitzenden gibt es hierfür drei Alternativen. Die Beauftragung eines externen Dienstleisters, eine Kooperation mit einer anderen Verwaltung oder die Einstellung eines zweiten EDV-Verwalters.

Herr Schümann schlägt vor, zweigleisig zu verfahren. Es könnte versucht werden, eine/n interessierte/n Mitarbeiter/in in die EDV einzuarbeiten und zusätzlich einen Externen zu beauftragen. Herr Unganz regt an, sich diesbezüglich an Herrn Schwichtenberg aus Münsterdorf als externen Dienstleister zu wenden.

Beschluss:

Der Personal- und Finanzausschuss empfiehlt dem Amtsausschuss, die Gründung eines gemeinsamen IT-Unternehmens im Kreis Steinburg in öffentlich-rechtlicher Rechtsform nicht weiter zu verfolgen. Der Beschluss des Amtsausschusses vom 30.06.2016 wird insofern aufgehoben. Die Amtsverwaltung wird gebeten, Kontakt zu externen Dienstleistern aufzunehmen, um Hilfestellung bei der EDV-Betreuung zu erhalten. Unabhängig davon soll die Amtsverwaltung weiterhin an den Gesprächen zur Realisierung einer IT-Kooperation interessierter Kommunen im Kreis Steinburg teilnehmen. Über den Verlauf der Entscheidungsfindung ist entsprechend zu berichten.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

Zu Pkt. 3: Umstellung auf eine neue Finanzsoftware bei der Amtsverwaltung Breitenburg

Allen Ausschussmitgliedern liegt die Sitzungsvorlage (Drucksache-Nr. 1/2017) vor, die ausführlich von Herrn Hatje erläutert wird.

Der Vorsitzende erklärt, dass für den Schulungsaufwand und die Datenübernahme maximale Kosten in Höhe von 42.000,00 € angesetzt werden. Es ist aber mit deutlich weniger Schulungsaufwand zu rechnen, so dass sich die Kosten reduzieren werden. Auf den Schulungsaufwand kann die Verwaltung selber Einfluss nehmen. Herr Hatje berichtet, dass die anderen Verwaltungen im Kreis noch nicht umstellen werden. Daher sind keine gemeinsamen Schulungsveranstaltungen geplant.

LVB Peglow erklärt, dass jetzt eine Entscheidung über die Umstellung auf eine neue Finanzsoftware getroffen werden muss, damit vor den Haushaltsplanungen für 2018 mit den Schulungen und der Datenübernahme begonnen werden kann.

Beschluss:

Die Amtsverwaltung setzt für die Finanzverwaltung ab dem 01.01.2018 die Finanzsoftware Infoma newsystem mit den Modulen

- Basis für Buchhaltung, Haushaltsplanung
- Haushaltsvollzug
- Kasse
- Steuern und Abgaben
- Verbrauchsabrechnung Wasser
- Variable Buchungsschnittstelle
- Anlagenbuchhaltung
- Rechnungsworkflow

ein, wobei die Haushaltsplanung 2018 schon ab September 2017 mit dem neuen Programm durchzuführen ist. Der Umstieg von der bisherigen Finanzsoftware zur Finanzsoftware Infoma newsystem erfolgt lizenzkostenfrei. Für den Schulungsaufwand und die Datenübernahme sind im 1. Nachtragshaushaltsplanplan 2017 42.000 € zu veranschlagen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

Zu Pkt. 4: Serverneustrukturierung und mobile Endgeräte für die Amtsverwaltung Breitenburg

Allen Ausschussmitgliedern liegt die Sitzungsvorlage (Drucksache-Nr. 3/2017) vor. Der Vorsitzende fasst zusammen, dass die mobilen Endgeräte beschafft wurden, der Kreis Steinburg diese aber jetzt doch nicht einbinden kann. Leider war dieses bei der Bereitstellung der Haushaltsmittel für die mobilen Endgeräte noch nicht bekannt. Ansonsten hätte man diese möglicherweise nicht angeschafft.

Auf Anfrage erläutert Herr Pansch, dass die Verwaltung über 3 I-Phones, 4 I-Pads und 3 Notebooks verfügt.

Herr Schümann möchte wissen, wofür eine Einbindung der mobilen Endgeräte sinnvoll ist. Für ihn ist das alles eine Nummer zu groß. Herr Hatje erläutert, dass man sich dann auch von außer Haus mit den mobilen Endgeräten in das EDV-System der Verwaltung einloggen könnte. Herr Pansch ergänzt, dass dieses mit Blick auf die Einführung des Ratsinformationssystems ALLRIS sinnvoll ist.

Beschluss:

Der Personal- und Finanzausschuss empfiehlt dem Amtsausschuss, die geplanten Arbeiten durchzuführen, um mobile Endgeräte in der Amtsverwaltung zu integrieren. Für den Installationsaufwand durch einen Dienstleister sind 20.000 € im 1. Nachtragshaushaltsplan 2017 zu veranschlagen. Ebenso sind 3.000 € Investitionskosten zu veranschlagen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

Zu Pkt. 5: Erlass der 1. Nachtragshaushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2017

Allen Ausschussmitgliedern liegt der Entwurf des 1. Nachtragshaushaltsplanes für das Haushaltsjahr 2017 vor. Herr Hatje erläutert die einzelnen Veranschlagungen.

Auf Anfrage von Herrn Schümann erklärt LVB Peglow, dass der Zeitvertrag des zweiten Hausmeisters Anfang 2018 endet. Sollte dem Beschäftigten vor diesem Zeitpunkt ein anderweitiges Arbeitsverhältnis zugesagt werden, würde das Amt evtl. einer früheren Auflösung des Arbeitsverhältnisses zustimmen.

Beschluss:

Der Personal- und Finanzausschuss empfiehlt dem Amtsausschuss, die **anliegende** 1. Nachtragshaushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2017 zu erlassen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

1. Nachtragshaushaltssatzung des Amtes Breitenburg für das Haushaltsjahr 2017

Aufgrund der §§ 18 und 22 der Amtsordnung für Schleswig-Holstein in Verbindung mit den §§ 95 ff. der Gemeindeordnung wird nach Beschluss des Amtsausschusses vom 05.04.2017 folgende 1. Nachtragshaushaltssatzung erlassen:

§ 1

Mit dem Nachtragshaushaltsplan werden

	erhöht um EUR	vermindert um EUR	gegenüber bisher EUR	und damit der Gesamtbetrag des Haushaltsplanes einschl. der Nachträge nunmehr festgesetzt auf EUR
1. im Ergebnisplan der				
Gesamtbetrag der Erträge	20.500	0	4.203.200	4.223.700
Gesamtbetrag der Aufwendungen	62.000	2.000	4.203.200	4.263.200
Jahresfehlbetrag	41.500	2.000	0	39.500
2. im Finanzplan der				
Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	20.500	0	4.132.500	4.153.000
Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	62.000	2.000	3.982.400	4.042.400
Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit	0	0	24.000	24.000
Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit	3.000	0	94.200	97.200

Breitenburg,

Zu Pkt. 6: Bericht über die über- und außerplanmäßigen Auszahlungen und Aufwendungen gem. § 95 d GO im Haushaltsjahr 2016

Allen Ausschussmitgliedern liegt die Sitzungsvorlage (Drucksache-Nr. 2/2017) vor.

Die in der Drucksache-Nr. 2/2017 aufgeführten überplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen (Ifd. Nr. 63 bis 81) werden gemäß § 95 d GO zur Kenntnis genommen.

Zu Pkt. 7: Mitteilungen und Anfragen

LVB Peglow macht folgende Mitteilungen:

1. Sachstand Parkplatzerweiterung

Zur Klärung des Ausgleichs für den Eingriff in die Natur wurde Kontakt zur unteren Naturschutzbehörde des Kreises Steinburg aufgenommen. Anschließend soll die Maßnahme dann ausgeschrieben werden.

2. Sachstand E-Ladesäule

Auf Anraten von Herrn Schümann wurde Kontakt zur Fa. emovum aufgenommen. Da der Standort bei der Amtsverwaltung positiv ist, besteht seitens der Fa. emovum Interesse an der Aufstellung einer E-Ladesäule. Der Stromanschluss für die E-Ladesäule muss vom Amt hergestellt werden. Es besteht aber das Problem, dass die Leistung des Trafos nicht ausreichend für eine Schnellladestation ist. Der Tausch des Trafos könnte nach Aussage der Stadtwerke Itzehoe kostenneutral für das Amt vorgenommen werden. Als Alternative wäre aber auch eine Normalladestation als Säule oder Wallbox über die Stadtwerke Itzehoe denkbar. Es gibt eine Alternativlösung, die aber teurer als das Angebot von der Fa. emovum ist.

Für die Herstellung des Stromanschlusses fallen Kosten in Höhe von ca. 1.600,00 € an. Die Maßnahme wird mit 40% gefördert. Die Stromkosten zahlt emovum. Der Ausschuss spricht sich dafür aus, die Maßnahme weiter zu verfolgen. Herr Unganz fragt nach, ob die Herstellung eines Parkplatzes auch gefördert wird. Er gibt zu bedenken, dass der Parkplatz mit der E-Ladesäule für E-Fahrzeuge freizuhalten ist. Dieser Parkplatz geht dann dem Amt verloren. Herr Hatje sagt eine Überprüfung zu.

3. Zaun am Amtsgebäude

Der vorhandene defekte Zaun wird durch die Hausmeister ersatzlos beseitigt.

4. Unterbringung von Asylsuchenden

Der Zustrom von Asylsuchenden hat sehr deutlich nachgelassen. Insgesamt wurden dem Amt 58 Asylsuchende im Jahr 2016 zugewiesen (109 im Jahr 2015). Durch das Amt wurden 34 Wohnungen angemietet. Eine Kündigung von 3 Wohnungen steht an. Eine weitere Reduzierung der angemieteten Wohnungen wird angestrebt.

Herr Hatje verteilt die **anliegenden** Aufstellungen zum solidarischen Kostenausgleich für Kindergarten- und Schulkosten und zu den Kosten für die Unterbringung von Asylsuchenden in 2016 an die Ausschussmitglieder und erläutert diese. Die Kindergarten- und Schulkosten liegen deutlich unter dem ursprünglich angenommenen Betrag von 199.000,00 €. Für das Jahr 2017 wird der Betrag noch niedriger ausfallen, so dass in den Nachträgen der Gemeinden die Ansätze reduziert werden können.

5. Überörtliche Prüfung beim Amt Breitenburg durch das GPA

Die Stellungnahmen nebst Beschlussauszügen liegen dem Gemeindeprüfungsamt zur Prüfung vor. Es gab bislang nur sporadische Rückfragen an Frau Przybylski. Eine offizielle Antwort des Gemeindeprüfungsamtes steht aber noch aus. Im Bedarfsfall ist eine erneute Behandlung in den Gremien erforderlich.

6. Gemeinsamer Datenschutzbeauftragter

Die EU Verordnung 2016/679 entfaltet ab 25.05.2018 unmittelbare Wirkung. Davon sind dann auch die Kommunalverwaltungen betroffen. Es ist möglich, dass der Kreis Steinburg und die Ämter einen gemeinsamen Datenschutzbeauftragten haben. Der Kreis Steinburg beabsichtigt, eine Teilzeitstelle mit der Hälfte der wöchentlichen Arbeitszeit auszuschreiben. Eine Aufstockung auf eine Vollzeitstelle zur Mitbetreuung der Ämter wäre denkbar.

7. Sachstand Gesundheitsmanagement

Die höhenverstellbaren Schreibtische wurden beschafft und aufgestellt. Die Sitzgruppe für draußen wurde ebenfalls beschafft und aufgestellt. Es stehen hierzu aber noch Pflasterarbeiten aus. Im Hinblick auf die Erneuerung der Personalküche laufen derzeit Preisfragen zu den Möbeln und Elektroarbeiten. Am 23.03.2017 fanden ein Gesundheitsscheck durch die BARMER und ein Vortrag „Stressmanagement“ durch Frau Karstens (Dienstleistungsgesellschaft Nord GmbH -DGN-) statt. Die Beteiligung seitens der Bediensteten war sehr gut. Folgeveranstaltungen sind grundsätzlich geplant und Angebote durch DGN erbeten.

8. Ehrensold für Bürgermeister in Schleswig-Holstein?

Der Amtsvorsteher des Amtes Schenefeld hat bei der Landesregierung angeregt, über die Einführung eines Ehrensolds für Bürgermeister in Schleswig-Holstein nachzudenken. In Rheinland-Pfalz und Bayern gibt es bereits entsprechende Regelungen. Seitens der Parteien des Schleswig-Holsteinischen Landtages gibt es sehr verhaltene Reaktionen. Die weitere Entwicklung ist abzuwarten.

9. Regionalkonferenz der VAK am 28.03.2017 in Bad Bramstedt

Am heutigen Tag haben Herr Peglow und Herr Kossiski an der Regionalkonferenz teilgenommen. Die Versorgungsumlage wird in den kommenden Jahren sehr stark ansteigen. Ausschlaggebend hierfür ist, dass die Zahl der Versorgungsempfänger auf der einen Seite zunimmt und die Zahl der aktiven Beamten auf der anderen Seite sinkt. Daher müssen die bisherigen Finanzierungsgrundlagen der VAK überprüft werden.

10. SHGT Mitgliederversammlung am 29.03.2017 in Hohenaspe

Es wird um eine rege Teilnahme gebeten. Die Tagesordnung ist sehr umfangreich. Die Podiumsdiskussion zum Thema Gebiets- und Gemeindestruktur wird u. a. durch Bürgermeister Pfahl eingeleitet.

11. Neue Öffnungszeiten

Herr Dammann kritisiert, dass die Bürgermeister nur per E-Mail über die Schließung der Amtsverwaltung am Donnerstag ab 01.03.2017 unterrichtet wurden. Er ist der Meinung, dass man hierüber hätte vorher sprechen müssen. LVB Peglow erläutert, dass dieser Wunsch aus der Amtsleiterrunde gekommen ist. Gerade im Hinblick auf die Arbeit im Einwohnermeldeamt und die Planung von Außenterminen wurde eine Schließung der Verwaltung am Donnerstag für sinnvoll erachtet. LVB Peglow führt weiter aus, dass er den Vorschlag mit dem Amtsvorsteher abgestimmt und dann gleich die Bürgermeister per E-Mail hierüber unterrichtet hat. Beschwerden seitens der Bevölkerung haben sich bisher nicht ergeben. Herr Schümann hätte es auch besser gefunden, wenn das Ehrenamt vorher eingebunden worden wäre, auch wenn die Gründe für die Schließung nachvollziehbar wären. LVB Peglow erklärt, dass er eine Abstimmung mit dem Amtsvorsteher für ausreichend erachtet hat. Er nimmt die Kritik auf und wird künftig anders verfahren.

